

Niederschrift der 33. Ratssitzung vom 06.12.2012

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.
Tag: 06.12.2012
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:12 Uhr
Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
31 Stadträte

Herr Udo Halle CDU
Herr Dieter Klein CDU
Herr Thomas Peckruhn CDU
Herr Andreas Skrypek CDU
Herr Harald Weiß CDU

Herr Peter Dietrich DIE LINKE.
Herr Michael Dietrich DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.
Herr Günter Prause DIE LINKE.
Herr Axel Sell DIE LINKE.

Herr Siegmar Hecker BOS
Herr Volker Kinne BOS
Herr Bert Mrozik BOS
Frau Katrin Scheffel BOS
Herr Helmut Schmidt BOS
Herr Jürgen Telle BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Herr Mike Bösel B.I.S.
Herr Siegbert Grießer B.I.S.
Frau Gesine Liesong B.I.S.
Herr Klaus Peche B.I.S.
Herr Lothar Wolfram B.I.S.

Frau Christine Block SPD
Herr Arndt Kemesies SPD
Frau Katharina Ruschke SPD

Herr Helmut Qual FDP
Herr Udo Schwarz FDP

entschuldigt fehlten: Frau Monika Rauhut CDU
Herr Volker Schachtel CDU
Frau Regina Stahlhacke CDU
Herr Reinhard Windolph CDU
Frau Iris Töpsch DIE LINKE.
Herr Andreas Herold BOS
Frau Käthe Olschak B.I.S.
Herr Heiko Brunthaler NP

verspätet erschienen:	Frau Regine Römmisch	CDU	16:05 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Jürgen Telle	BOS	18:45 Uhr
	Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.	18:45 Uhr
	Frau Regine Römmisch	CDU	18:55 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Markus Biedermann		
	Herr Peter Bloßfeld		
	Frau Daniela Hahn		
	Herr Ditrich Holzapfel		
	Frau Sonja Hund		
	Herr Wolfgang Müller		
	Frau Iris Reiche		
	Herr André Röthel		
	Frau Yvonne Röthel		
	Herr Maik Rüdiger		
	Herr Lothar Sanftleben		
	Herr Frank Schmiedl		
	Herr Ringo Siebert		
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas		OT Obersdorf
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster		Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen
	Herr Torsten Schweiger		Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen
	Herr Udo Michael		Fachbereichsleiter Bürgerservice
	Frau Sibylle Lucas		Referentin Kulturelle Bildung, Demografische Entwicklung und Bürgerliches Engagement
	Frau Marina Becker		Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften
	Frau Karin Schiller		Ratsbüro
	Frau Simone Jung		Ratsbüro
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek		Vorsitzender des Stadtrates

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 31. Ratssitzung vom 20.09.2012
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 32. Ratssitzung vom 25.10.2012
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Berufung eines Ortswehrleiters bzw. eines stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Wettelrode innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 6.2 Besetzung des Aufsichtsrates der Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen mbH (KBS), der Stadtwerke Sangerhausen GmbH (SWS) und der Sangerhäuser Erneuerbare Energie Service Gesellschaft mbH (SEES)
 - 6.3 Arbeitspapier der Stadt Sangerhausen zur mittel- und langfristigen Planung für Grundschulstandorte der Stadt Sangerhausen
 - 6.4 Schließung der Grundschule Obersdorf zum Schuljahresende 2012/2013
 - 6.5 Abwägungsbeschluss zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Industriepark Südharz, 1. Bauabschnitt", der Stadt Sangerhausen

- 6.6 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 26 "Industriepark Südharz, 1. Bauabschnitt" der Stadt Sangerhausen
- 6.7 Zustimmung der Stadt Sangerhausen zur Übernahme eines Weges in die Baulast der Stadt Sangerhausen
- 6.8 Nachgenehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe - Stark III Grundschule Am Rosarium
- 6.9 Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Kernstadt Sangerhausen - Straßenreinigungsgebührensatzung
- 6.10 Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Nutzung von Mehrzweckgebäuden - 1. Lesung
- 6.11 Nachgenehmigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
- 7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
- 7.1 Kalkulation der Kosten zur Nutzung der Mehrzweckgebäude in den Ortsteilen der Stadt Sangerhausen
- 8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 8.1 Verkauf des Grundstückes in der Gemarkung Breitenbach, Flur 3, Flurstücke 9/1 und 20/1, gesamt 331 m²
- 8.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zu den Verbandsversammlungen des AZV und TZV Südharz
- 9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
- 9.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses
- 9.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
- 10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 33. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, stellv. Ortsbürgermeister, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 31 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 7.1 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 8. - 9.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung übernimmt den Antrag aus dem Hauptausschuss, die Thematik des **TOP 6.3 Arbeitspapier der Stadt Sangerhausen zur mittel- und langfristigen Planung für Grundschulstandorte der Stadt Sangerhausen in einer Informationsvorlage zu behandeln.**

Die TOP 6.5 und 6.6 Abwägungsbeschluss und Satzungsbeschluss zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Industriepark Südharz, 1. Bauabschnitt", der Stadt Sangerhausen werden von der Verwaltung zurückgezogen.

Nachfolgende TOP verschieben sich entsprechend.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

16:05 Uhr
Frau Römmisch kommt = **33**

Glückwünsche zum Geburtstag

Herr Skrypek und Herr Poschmann gratulieren nachträglich Frau Sabine Künzel, Herrn Thomas Peckruhn und Herrn Jürgen Telle, jeweils zum 50. Geburtstag.

Beim Ehepaar Neubauer und den 2 Mitarbeiterinnen des Ratsbüros bedankt sich Herr Skrypek für die stets sehr gute Vorbereitung der Ratssitzungen.

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der Niederschrift der 31. Ratssitzung vom 20.9.2012

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift der 32. Ratssitzung vom 25.10.2012

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Informationen über Neubesetzungen im Stadtrat

• B.I.S.-Fraktion:

- Herr **Mike Bösel** ist neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender.
Er wechselt vom Finanz- zum Bauausschuss
- Herr **Siegbert Grießer** ist neues Mitglied im Finanzausschuss.

• SPD-Fraktion:

- Frau **Christine Block** ist neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende.
Sie wechselt vom Sozial- zum Wirtschafts- und Umweltausschuss
- Frau **Katharina Ruschke** ist neues Mitglied im Sozialausschuss.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 07.12.2012 zugeschickt.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Anfragen des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche hofft, dass der diesjährige Weihnachtsmarkt ein Erfolg wird, damit über den künftigen Standort und Zeitraum nachgedacht wird. Er stellt in Frage, ob Aufwand und Nutzen des Weihnachtsmarktes, für einen Zeitraum von 4 Tagen, in einem angemessenen Verhältnis stehen. In diesem Zusammenhang erinnert er an einen weiteren wichtigen Termin für den Weihnachtsmarkt, den 14.12.. Durch das "Shopping bei Kerzenschein" hat der Weihnachtsmarkt bis 22:00 Uhr geöffnet. Das führte im letzten Jahr, zu einem nicht immer selbstverständlichen Erfolg.

Bereits in der Ratssitzung nach der Sommerpause sprach er an, dass es angebracht wäre, in der Zeit zwischen Januar und März 2013, eine Informationsveranstaltung zur Thematik AZV, TZV, Umstellung auf Fernwasser, Uran und Filterentsorgung durchzuführen. Nach der Veranstaltung in der letzten Woche, sind viele Bürger mit Fragen gekommen. Damit man auf einem sachlichen Stand weiterdiskutieren und ein objektives und klares Bild an die Bürger weitergegeben kann, bittet er die Verwaltung um die Vorbereitung einer entsprechenden Sitzung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bedankt sich für die Ergänzung bezüglich des Weihnachtsmarktes. Zum Trinkwasser wird es in Vorbereitung der nächsten Verbandsversammlung, im TOP 8.2 die Möglichkeit zur Aussprache geben. Die Veranstaltung in der letzten Woche war sehr schlecht im Verlauf und in der Vorbereitung. Die Situation vor Ort war durch falsche Moderation in einer Art aufgepeitscht, wie er sie seit langem nicht erlebt hat. Er bedankt sich ausdrücklich bei der Mitteldeutschen Zeitung, welche trotzdem versuchte, den sachlichen Zusammenhang zur Thematik herzustellen. Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass in die Offensive gegangen und mehr sachgerechte Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden muss. Es kann nicht sein, dass durch sehr umstrittene Aktionen in der Veranstaltung (veralteter Film, Vortrag ohne Bezug zur lokalen Situation) und mangelnde Kenntnisse, falsche Informationen an die Bürger weitergegeben werden. Es werden Ängste geschürt, die so nicht hinzunehmen sind. Statt Fragen gab es Vorhaltungen. In Absprache mit dem TZV wird ein Papier erstellt, welches diese Themen erfasst und den Bürger genau informiert, sodass „Halbwahrheiten“ u.ä. vermieden werden.

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, DIE LINKE

Herr Hüttel spricht an, dass viele Sangerhäuser vom Unterhaltungsverband Bescheide erhielten. Wenn man, wie er, einen Bescheid in Höhe von 2,95 € erhält, fragt mansich, ob der Aufwand zum Erlass der Kostenbescheide, in einem angemessenen Verhältnis zur Höhe der Forderungen steht und wie es dazu kommen kann.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bittet Herrn Schuster um eine Aussage.

Antwort des Fachbereichsleiters Zentrale Dienste und Finanzen Herrn Schuster

Herr Schuster erklärt, dass vor 2 Jahren, im Zuge einer Gesetzesänderung, darüber informiert wurde. Der Vermerk erfolgte auf den Steuerbescheiden.

Früher waren die Umlagen der Unterhaltungsverbände, Bestandteil der Steuerbescheide. Gebührenmaßstab ist nun nicht mehr das Stadtgebiet, sondern vorgegebene Regionen, sodass nach komplizierten Modi neu berechnet werden musste. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Grundsteuerbescheide war die Berechnung noch nicht beendet. Deshalb der Vermerk, dass gesonderte Bescheide für diese Gebührentatbestände erfolgen. Die Steuerbescheide wären sonst nach neuer Gesetzeslage anfechtbar gewesen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann ergänzt. Es handelt sich um eine absolut komplizierte Rechtsmaterie, die sich mittlerweile aufbaut. Diese Gesetzlichkeiten sollen keinen Bestand haben, sondern wieder geändert werden. Er drückt ebenfalls seinen Unmut über die Situation aus und schildert die Diskussion der letzten Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes Helme. Der Wirtschaftsplan beruht insgesamt auf einer halben Million Euro. Damit ist keine sachgerechte Grabenreinigung, jedenfalls nicht in der erforderlichen Qualität, zu erwarten.

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Berufung eines Ortswehrleiters bzw. eines stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Wettelrode innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage und informiert, dass beide Kameraden heute nicht anwesend sein können. Die Aushändigung der Urkunden zur Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit wird durch den Oberbürgermeister im Rathaus nachgeholt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Der Ortschaftsrat Wettelrode stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 06.12.2012 für den Zeitraum von sechs Jahren
- Herr Marko Manhardt zum Wehrleiter der Ortsfeuerwehr Wettelrode
- Herr Gerald Jungk zum stellvertretenden Wehrleiter der Ortsfeuerwehr Wettelrode
in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen wird.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	33
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-33/12** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.2 Besetzung des Aufsichtsrates der Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen mbH (KBS), der Stadtwerke Sangerhausen GmbH (SWS) und der Sangerhäuser Erneuerbare Energie Service Gesellschaft mbH (SEES)

Herr Poschmann begründet die Beschlussvorlage und informiert über einen weiteren Wechsel im Aufsichtsrat der Stadtwerke Sangerhausen GmbH. Der von der Städtischen Werke AG Kassel benannte Herr Rittmeyer scheidet aus Altersgründen aus dem Unternehmen und somit als stellv. Aufsichtsratsvorsitzender aus.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Hüttel fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass sich Herr Näher im Rat vorstellt.

Herr Poschmann war sich sicher, dass Herr Näher bekannt genug ist. Die persönliche Vorstellung kann auf Wunsch auch nachgeholt werden.

Herr Skrypek erklärt, dass Herr Näher wegen einer heute stattfindenden Schulung entschuldigt ist.

Herr Grießer möchte wissen, ob es möglich ist, die Abstimmung aus folgendem Grund auf den März zu verschieben. Das Mandat gilt erst ab 01.04.2013. Eine Abstimmung ist somit nach der persönlichen Vorstellung ausreichend und auch sinnvoll.

Herr Skrypek fragt, ob es sich hierbei um einen Antrag handelt.

Herr Grießer verneint. Es war lediglich eine Frage.

Beschlusstext:

Zum 01.04.2013 wird Herr Näher, Mitglied des Vorstandes der Kreissparkasse Mansfeld-Südharz, in den Aufsichtsrat der KBS, SWS und SEES als Vertreter der Stadt bestellt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 31
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-33/12** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.3 Arbeitspapier der Stadt Sangerhausen zur mittel- und langfristigen Planung für Grundschulstandorte der Stadt Sangerhausen

(Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung gem. TOP 2)

6.4 Schließung der Grundschule Obersdorf zum Schuljahresende 2012/2013

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Die Ortschaftsräte von - **Gonna** stimmten nicht ab,
- **Grillenber**g waren nicht beschlussfähig,
- **Obersdorf** lehnten einstimmig ab.

Herr Peche zweifelt daran, dass es sich hier um "Elternwille" handelt. Er erinnert an die Demonstration von Eltern und Schüler zum Erhalt der Grundschule Obersdorf vor der 29. Ratssitzung am 31.05.2012. Auch in Wortbeiträgen kam deutlich zum Ausdruck, dass man gegen eine Schließung ist. Die Verwaltung hat seit 2009 den Bürgern klargemacht, dass die Schule wegen sinkender Schülerzahlen keinen Bestand mehr haben kann. Es ist doch klar, dass es in Folge dessen, keine Anträge von außerhalb gab. Nicht nur heute, sondern schon seit 2009, wird gefordert, dass die Schule erhalten bleibt und dass die Verwaltung darüber nachdenkt, "die Schulbezirke aufzuheben oder eine Änderung der Schulbezirke durchzuführen". Man kann beide Varianten überprüfen. Es ist nicht zu erkennen, dass die Verwaltung mit Nachdruck daran gearbeitet hat. Wenn von "Bürgerwille" die Rede ist, stellt sich die Frage, wo die Verwaltung nachgefragt hat, ob Eltern ihre Kinder nach Obersdorf schicken wollen oder nicht. Und wo ist seit 2009 der Versuch unternommen worden, in bestimmten Einzugsbereichen Regeln zu schaffen, die ermöglichen,

dass die Kinder nach Obersdorf gehen können? Schon deshalb kann jetzt nicht behauptet werden, dass es "Bürgerwille" ist, dass die Kinder von Obersdorf in die Schule im Othal kommen. Die Realität ist doch folgende. Den Eltern und Kindern bleibt nichts anderes übrig. Es wurde seitens der Verwaltung einfach nicht mit aller Macht versucht, diese Schule zu erhalten und im ländlichen Raum dafür zu sorgen, dass etwas an Kultur und Leben bleibt. Das ist nicht zu verstehen und nachzuvollziehen. Er beantragt im Namen der B.I.S.-Fraktion eine namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage. Des Weiteren ist nicht klar, was aus dem Objekt wird, wenn es nicht mehr als Schule genutzt wird. Er glaubt nicht daran, dass die Verwaltung darauf keine Antwort hat, wo schon seit 2009 von Schließung die Rede ist. Das Objekt wird, auch wenn es leer steht, weiterhin Kosten verursachen und den städtischen Haushalt belasten. Er möchte eine klare Aussage dazu, wie es mit dem Objekt weitergeht.

Frau Liesong macht darauf aufmerksam, dass im Sozialausschuss die Kosten erfragt wurden, die entstehen, wenn das Gebäude leer steht. Des Weiteren wollte die Verwaltung heute Informationen darüber geben, wie der Schülertransport realisiert wird. Wird es realistisch sein, dass eine Schülerbeförderung einmal mittags nach Obersdorf (für Kinder, die in Obersdorf den Hort besuchen) und einmal nachmittags (für Kinder, die im Othal am Hort bzw. einer Arbeitsgemeinschaft teilnehmen) möglich wird?

Herr Hüttel erinnert, dass die vorweihnachtliche Zeit, eine Zeit des Schenkens ist. Der Staat jedoch beglückt die Menschen jedes Jahr auf 's Neue mit finanziellen Belastungen, wie z.B. für Energie, Wasser, neu erfundene Abgaben für Kinder und Eltern, Erhöhung der Beiträge für Kita's und Mittagessen usw.. In diesem Jahr auch noch mit dem "Geschenk": Schließung der Grundschule im Gonnatal. Demokratie lebt von Widerspruch und braucht den Widerspruch. Er erinnert ebenfalls an den beeindruckenden Protest der Bürgerinnen und Bürger des Gonnatals vor einigen Monaten. Kann es für schlechte Gesetze oder Regelungen in diesem Lande und für diese Demokratie eigentlich noch ein "Ja" geben, um zu signalisieren, dass es in Zukunft so weitergehen kann? Sollen die kommunalen Finanzen weiter gekürzt werden, damit die Kommunen die freiwilligen Aufgaben weiter gegen Null fahren müssen? Es sollte nicht so weit kommen, dass Bildung mehr und mehr ein Zeichen des sozialen Standes der Eltern darstellt. Wird die Schließung heute beschlossen, dann verliert das Gonnatal einen wichtigen entscheidenden Standortfaktor, nämlich die Möglichkeit, Kinder aus ihrem Bereich, in diesem Bereich zu unterrichten. Die Grundschule Obersdorf hat mit ihrem überzeugenden Konzept eine hervorragende Bildungsarbeit geleistet. Er weist auf die verschiedenen Zuständigkeiten hin. Für die Lehrerzuweisung ist das Land, für die Schulnetzplanung und die Schülerbeförderung der Kreis und für Gebäude und Grundstücke ist die Stadt verantwortlich. Außerdem entscheidet das Landesschulamt über Elternanträge (Ausnahmen für die Einschulung außerhalb der Schuleinzugsbezirke). Er kritisiert das katastrophale Durcheinander von Entscheidungsträgern für ein Bildungssystem von der 1. bis zur 4. Klasse. Bei einfachsten gesetzlichen Änderungen, gibt es wohl die Möglichkeit, auch kleinere Schulen auf dem Land zu erhalten (z.B. Außenstellen oder Zweigstellen). Im Gonnatal gibt es genug Kinder, die einen eigenständigen Schulbetrieb rechtfertigen. Die Politik der vergangenen Jahre, in denen ständig die Schließung prognostiziert wurde, hat dazu beigetragen, dass diese Zahlen nicht mehr erreicht werden. War das Absicht, um auf Kosten der Kinder und unsere Zukunft weiter zu konsolidieren? Er möchte in diesem Stadtrat kein Statist sein. Die Stadträte wurden gewählt, um die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger zu artikulieren.

Herr Michael bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Themen: Schulbezirke, deren Änderungen und die Suche nach Begründungen, in diesem Jahr nicht das erste Mal diskutiert wurden. Bereits im Sozialausschuss (vor 2 Jahren im Rosarium) wurden Szenarien und Möglichkeiten von Schulbezirksänderungen durchgesprochen. Es kann sein, dass Eltern beeinflusst werden, seit von einer Schließung die Rede ist. Man sollte dabei aber nicht vergessen, dass es seit 2009 in dem entscheidenden Papier „Schulentwicklungsplanung“ beim Landkreis festgeschrieben ist. Die Stadt kann vieles planen, hat aber keine Planungs- und Entscheidungskompetenz in Hinsicht auf die Schulplanung. Die Schülerbeförderung wird laut Aussage des Landkreises (beim Gesprächstermin vor den Elternvertretern der Grundschule Obersdorf) mittags und nachmittags realisiert. Dass sich eventuelle Änderungen der rechtlichen Grundlagen künftig für kleine Schulen positiv auswirken, ist eher unwahrscheinlich. Die Nachnutzung des Schulgebäudes fällt nicht in die Zuständigkeit seines Fachbereiches. Die Sportanlage (Turnhalle und Sportplatz) bleibt nach Trennung von der technischen Anlage, für das Gonnatal, nach Hinzuziehung des entsprechenden Vereins, erhalten und kann genutzt werden.

Herr Poschmann spricht von einem Reihenfolgeproblem. Auch wenn es schon Vorstellungen gäbe, ist es nicht angemessen, an dieser Stelle von einer Nachnutzung zu reden. Das könnte falsch verstanden werden.

Beschlusstext:

Die Grundschule Obersdorf wird zum Schuljahresende 2012/13 am 31.07.2013 geschlossen.

Namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage

Herr Ralf Poschmann	Ja
Herr Udo Halle	Nein
Herr Dieter Klein	Ja
Herr Thomas Peckruhn	Nein
Frau Regine Römmisch	Ja
Herr Andreas Skrypek	Ja
Herr Harald Weiß	Ja
Herr Michael Dietrich	Ja
Herr Peter Dietrich	Ja
Herr Manfred Fischer	Nein
Herr Holger Hüttel	Nein
Herr Klaus Kotzur	Ja
Frau Christine Kümmel	Ja
Frau Sabine Künzel	Nein
Herr Günter Prause	Ja
Herr Axel Sell	Ja
Herr Siegmar Hecker	Nein
Herr Volker Kinne	Nein
Herr Bert Mrozik	Nein
Frau Katrin Scheffel	Nein
Herr Helmut Schmidt	Nein
Herr Jürgen Telle	Nein
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	Nein
Herr Mike Bösel	Nein
Herr Siegbert Grießer	Nein
Frau Gesine Liesong	Enthaltung
Herr Klaus Peche	Nein
Herr Lothar Wolfram	Nein
Frau Christine Block	Enthaltung
Herr Arndt Kemesies	Ja
Frau Katharina Ruschke	Ja
Herr Helmut Qual	Ja
Herr Udo Schwarz	Ja

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	= 15
Nein-Stimmen	= 16
Stimmenenthaltungen	= 2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-33/12** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

17:18 Uhr -Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Bürgers Herrn Ditrich Holzapfel, Sangerhausen, Morunger Str. 11

Herr Holzapfel begrüßt die Initiative des Herrn Peter Mischur. Er kritisiert aber, dass zu einseitig auf den Bereich der Stadtmauer eingegangen wurde. Es muss nicht nur die Stadtmauer, sondern die ganze Stadt sauber gehalten werden. Er hätte sich gewünscht, dass die gesamte Stadt einbezogen worden wäre.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann wollte die Initiative, die über Facebook ausgelöst wurde, als Beispiel eindeutig hervorheben. Damit will er auf keinem Fall verhindern, dass sich überall Initiativen bilden und er weiß auch, dass viele Bürger ihr Engagement zeigen. Dies ist in den Ortsteilen noch mehr ausgeprägt, als in der Kernstadt. Diese Aktion hatte eine besondere öffentliche Wirkung.

Wortmeldung der Bürgerin, Frau Katrin Scheffel, Sangerhausen, Oberröblinger Str. 12

Frau Scheffel spricht öffentlich zwei Bürgerinnen aus Sangerhausen Ihren Dank aus. Am ersten Advent verlor sie ihr wertvolles iPhone. Für 2 junge Frauen aus der John-Schehr-Straße war es selbstverständlich, den Eigentümer ausfindig zu machen und das Handy zurückzugeben. Sie möchte damit zum Ausdruck bringen, dass die heutige Jugend nicht nur negativ von sich reden macht.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Ditrich Holzapfel, Sangerhausen, Morunger Str. 11

Herr Holzapfel möchte richtig stellen, dass er nichts gegen die öffentliche Würdigung der Initiative hat. Ihn stört nur, dass die Stadtverwaltung im Vorfeld keinen zentralen Aufruf für die gesamte Stadt daraus gemacht hat.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass von der Stadtverwaltung diesbezüglich schon Aufrufe erfolgten (z.B. Frühjahrsputz). Die Wirkung, die hier von der Bürgerschaft ausging, war viel mehr wert. Richtig ist, dass man es unterstützen und fördern muss. Die Besonderheit in diesem Fall war, dass die Initiative von den Bürgern selbst ausging.

Anfrage des Bürgers Herrn Axel Sell, Sangerhausen, OT Großleinungen, Hauptstr. 41

Herr Sell bewertet die Initiative als gut. Seine Frage ist, wie die Bürger zu diesem Zeitpunkt versichert waren. Hätte der Initiator die Kosten tragen müssen, wenn jemand ernsthaft verletzt worden bzw. verunglückt wäre? Wenn die Stadt aufgerufen hätte, wären die Teilnehmer natürlich versichert gewesen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass der Initiator darauf hinwies, dass die Aktion eine Privatangelegenheit für jeden einzelnen ist. Das war auch so veröffentlicht.

Anfrage des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram fragt an, ob es von Seiten des städtischen Bauhofes möglich ist, in der Kurve Ulrichkirchplatz (Juttaplatz) in Richtung Kirchberg, größeres Pflaster in den Gehweg einzusetzen. Über Jahre hinweg wurde das Pflaster stark beschädigt und stellt jetzt eine Unfallquelle dar. Des Weiteren ist die Hinweistafel auf dem Juttaplatz beschmiert und steht schief. Er beklagt sich außerdem über die extrem große Anzahl von Hundehaufen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann versichert, dass es in Hinblick auf das Pflaster und die Hinweistafel Überprüfungen seitens der Verwaltung geben wird. Die Kritik an der zunehmenden Anzahl von Hundehaufen wertet er als Aufruf an die Hundehalter, die Hinterlassenschaften ihrer Tiere zu entsorgen.

17:27 Uhr -Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

6.5 Zustimmung der Stadt Sangerhausen zur Übernahme eines Weges in die Baulast der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schweiger

17:28 Uhr
Frau Scheffel und
Herr Hüttel gehen = 31

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Prause, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Oberröblingen** stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr von Dehn-Rotfelser fragt, wie viel der Ausbau des Weges als mittelschwere Befestigung- Betonspurbahn kostet und wer für die Kosten aufkommt.

Herr Schweiger erklärt, dass es hier um die Übernahme geht. Die Finanzierung ist bereits geklärt. Sie wird in der Regel von der Teilnehmergeinschaft übernommen. Im vorliegenden Fall beteiligt sich die Stadt nicht.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt der Übernahme des Weges W 01 gemäß des Wege- und Gewässerplanes im Flurbereinigungsverfahren "Niederröblingen II" in die Baulast der Stadt Sangerhausen zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 31
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-33/12** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.6 Nachgenehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe - Stark III Grundschule Am Rosarium

Begründung: Herr Schweiger

17:32 Uhr
Herr Hüttel kommt = 32

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Prause, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 5
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-33/12** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.7 Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Kernstadt Sangerhausen - Straßenreinigungsgebührensatzung

Begründung: Herr Schweiger

17:34 Uhr

Frau Scheffel kommt = 33

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Prause, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Prause spricht an, dass bei passender Gelegenheit die Nomenklatur im Straßenverzeichnis geändert werden muss. Er nennt 2 Beispiele. Bei der Karl-Liebknecht-Straße, vom Darrweg bis zur Erfurter Straße, handelt es sich um eine stark frequentierte Straße, die nur in die Reinigungsklasse 3 eingeordnet ist. Dagegen gilt für die Straße der Volkssolidarität, von der Erfurter Straße bis zur Erich-Weinert-Straße, die Reinigungsklasse 2, obwohl diese Straße bei Weitem nicht so frequentiert ist, wie o.g. Straße. Es ist notwendig, sich nochmals mit der Problematik zu befassen und gegebenenfalls Veränderungen vorzunehmen.

Herr Schweiger hatte diesbezüglich schon in den Ausschüssen darauf hingewiesen, dass in der eigentlichen Straßenreinigungssatzung, die im nächsten Jahr beraten wird, genau diese Themen zur Debatte stehen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der Kernstadt Sangerhausen für den Kalkulationszeitraum 2013 bis 2015.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-33/12** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

6.8 Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Nutzung von Mehrzweckgebäuden - 1. Lesung

Herr Schuster begründet die Beschlussvorlage. Die Diskussion in den Ortschaftsräten und Ausschüssen hat gezeigt, dass es der richtige Weg ist, eine 1. Lesung durchzuführen. Die Höhe der Benutzungsgebühren war nicht der wesentliche Kritikpunkt. Die neuen Klassifizierungen und die Höhe der Gebühren sind akzeptabel. Neu vorgesehen in der künftigen Satzung, ist folgendes. Vereinen soll eine pauschale Bewirtschaftungsgebühr als Jahresgebühr in Rechnung gestellt werden. Dem Fachdienst war es wichtig, nicht den Kostendeckungsgrad zum Maßstab zu nehmen, sondern lediglich eine vertretbare Pauschale. Bei einer wöchentlichen Nutzung, geht es um eine Jahresgebühr von 100 €, d.h. 2 € pro Nutzung bzw. Woche für den Verein. Die Verwaltung ging von einem hohen Maß an Akzeptanz aus. Aus den Ortschaftsräten kam diesbezüglich harte Kritik.

Herr Schuster entschuldigt sich ausdrücklich für Form- und Kopierfehler (z.B. 3 x § 9) in der Satzung.

In den 2 Fachausschüssen wurde deutlich, dass es noch viele offene Fragen hinsichtlich der Praktikabilität gibt. Z.B. wie die Entscheidung in Einvernehmen von Verwaltung und Ortsbürgermeister funktionieren soll. Die Verwaltung wird ihre Eigentümerfunktion mit Augenmaß wahrnehmen und die Ortsbürgermeister als entscheidende Partner sehen. Dem Handlungs- und Klärungsbedarf wird nachgekommen. Ende Januar wird mit den Ortsbürgermeistern eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema durchgeführt. Die Verwaltung wird sich den kritischen Fragen und

Hinweisen stellen und insbesondere die Besonderheiten, die es in jedem Ortsteil gibt, zur Kenntnis nehmen, um eine praktikable und mehrheitsfähige Fassung der Satzung zu erzielen.

Zur Informationsvorlage des TOP 7.1 *Kalkulation der Kosten zur Nutzung der Mehrzweckgebäude in den Ortsteilen der Stadt Sangerhausen* äußert er sich wie folgt. Es handelt sich hier um eine kameralistisch geprägte Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der letzten 3 Jahre. Dem Fachdienst war es wichtig, hier darzulegen, dass die Gebühren natürlich nicht kostendeckend sind. Es wird von der Regelung des § 5 KAG LSA Gebrauch gemacht, aus besonderem öffentlichen Interesse, vom Kostendeckungsgrad abzuweichen. Das gleiche Ergebnis würde erzielt, wenn unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt werden.

6.9 Nachgenehmigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

Begründung: Herr Michael

Frau Liesong redet 1. als Vorsitzende des Sozialausschusses. Obwohl die Beschlussvorlage aus Zeitgründen (Ergänzung der Tagesordnung) nicht an den Sozialausschuss verwiesen war, lehnte der Ausschuss einstimmig die Vorlage ab.

2. befremdet es sie als Mitglied der B.I.S.-Fraktion, dass Herr Michael einerseits in der Begründung von einer "bekannten Unzufriedenheit der Vereine" spricht. Sowohl Boxverein als auch Gymnastikgruppe wussten, dass sie eine Kalthalle bekommen. Die Boxer waren auch sichtlich sehr zufrieden damit. Der VfB als Betreiber ist zwar nicht im Einzelnen darüber rechenschaftspflichtig, wer die Halle nutzt. Wenn aber jetzt im Nachhinein bekannt wird, dass "Vitalis" Nutzer ist, könnte man einen Zusammenhang mit "Taubert" vermuten. Falls diese Vermutung richtig ist, möchte sie Aufklärung, denn es kann nicht sein, dass "Vitalis" schon wieder irgendwo sitzen kann, ein Rederecht vor dem Landrat bekommt und somit die Stadt in Zugzwang bringt. Das erinnert ganz stark an die Sache "Herr Taubert - Friesenstadion".

Herr Kotzur kann sich mit dem Verfahren und dem Zustandekommen der Eilentscheidung nicht einverstanden erklären. Das Friesenstadion gehört der Stadt. Im Sportentwicklungskonzept wurde die Halle als Kalthalle beschlossen, weil kein Geld für den Abriss vorhanden war. Nach Schließung der Halle Grauegasse und dem Abriss der Sporthalle der Gagarin-Schule, war das die beste Lösung. Er bringt noch einmal deutlich zum Ausdruck, dass das Stadion der Stadt gehört und es im Sportentwicklungskonzept als Sportpark für alle Bürgerinnen und Bürger und alle Vereine (nicht nur für einen) ausgewiesen ist. Wenn von "Friesenstadion" die Rede ist, darf man nicht "VfB" denken und umgekehrt. Diese falsche Denkweise hindert an einer wirklich freien Entscheidung. Kein Konzept ist unantastbar. Es hat sich etwas entwickelt und die Gelegenheit sollte genutzt werden, das Sportentwicklungskonzept noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Nur aus dieser Sicht, stimmt er der Eilentscheidung zu. Das Verfahren ist nicht akzeptabel.

Herr Poschmann klärt zum Vitalis e.V. auf. Den Verein gibt es schon viel länger als die angedeuteten Probleme. Sicher gibt es eine personelle Verbindung, aber nicht unbedingt mit dem ehemaligen Präsidenten. Zum Verfahren äußert er sich wie folgt. Die Eilentscheidung ging gegen einen Beschluss des Stadtrates. Erst als er im Hauptausschuss darüber informierte und sich Mehrheitsfähigkeit abzeichnete, hat er die Entscheidung getroffen. Dem Landkreis und dem Betreiber (Empfänger der Fördermittel) musste signalisiert werden, dass die Stadt in diese Richtung arbeitet. Ein Konzept ist ausbaufähig. Das Friesenstadion hat sich in den letzten Jahren, trotz aller Probleme, sehr vorteilhaft entwickelt. Er weist darauf hin, dass auf Grund der Diskussion bzw. der Ablehnung der Vorlage im Sozialausschuss, der Beschluss noch nicht umgesetzt wurde. Er bittet um Zustimmung.

Herr Grießer verliest folgendes aus der Begründung der Beschlussvorlage. "Die Turnhalle wird lediglich frostfrei gehalten. Der Anschluss für eine spätere, normgerechte Beheizung ist jedoch vorzusehen (vorab sind Dämmmaßnahmen notwendig)." D.h., dass zukünftig noch mehr Kosten auf die Stadt zukommen. Nicht nur die 10 T€ jährlichen Folgekosten für den Betrieb der Heizanlage, sondern auch noch zusätzliche Kosten, um eine Beheizbarkeit der Halle zu erreichen. Seines Erachtens wird die Entscheidung vorgezogen, da es noch keine Konzeption für das Objekt gibt. Ihn interessiert vielmehr die rechtliche Wertung dessen. "Es gibt einen Zukunftsfonds eines Landrates, der nach Gutdünken Gelder aus seinem Finanzsäckel nach Gutsherrenart verteilt." Auch wenn die Stadt in dem einen oder anderen Fall profitiert, ist das rechtlich sehr bedenklich. Das Gremium Kreistag wird komplett ausgehebelt. So kann in Zukunft, demokratisch nicht miteinander umgegangen werden.

Herr Mrozik stimmt seinem Vorredner zu. Die Maßnahme ist sicher positiv für die Vereine. Wichtig ist aber, dabei nicht zu vergessen, dass Folgekosten und die Planung für das Gebäude auf die Stadt zukommen. Wegen fehlender finanzieller Mittel, steht die Schließung von Freibädern in einigen Ortschaften auf dem Plan. Wem erschließt sich hier die Logik?

Herr Peche spricht ebenfalls von "Gutsherrenart". Es ist schlimm, in welche Situation der Landrat die Stadt bringt. Er fragt, wo der Landrat war, als eine funktionierende Turnhalle in Südwest abgerissen werden musste. Er befürwortet, dass Vereine optimale Bedingungen in der Halle am Friesenstadion vorfinden. Im Stadtrat beschlossene Konzepte können aber nicht einfach über den Haufen geworfen werden, nur weil irgendeine Person 50 T€ spendiert. Der Landrat hat sich mit keinem Gremium der Stadt auseinandergesetzt oder gefragt, ob und wie uns geholfen werden kann. Es kann nicht sein, dass die Stadt in eine bestimmte Richtung gezwungen wird (wie mit der Schließung der Grundschule Obersdorf). Das ist nicht der Weg, der Basisdemokratie bringt. Es kann nicht sein, dass außerhalb des Kreistages, ein paar Leute über Geld entscheiden. Der Verfahrensweg ist nicht akzeptabel.

Herr Poschmann erklärt, dass es mehrheitlich demokratisch gefasste Festlegungen im Kreistag darüber gibt, wie mit der Verteilung der Gelder umzugehen ist. Die Vorbereitung übernimmt die Verwaltung. Die Stadt wurde mit 2 Förderbescheiden gut bedacht. Dafür gibt es legitimierte Beschlüsse. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass Konzepte aus anderen Gesichtspunkten aufgestellt wurden. Bei der Beschlussfassung des Sportstättenentwicklungskonzeptes, war die Wirkung des Zukunftsfonds in dieser Form noch nicht bekannt. Er hofft, dass nicht der Eindruck entsteht, die Stadt könne mit dem Zukunftsfonds nicht umgehen und dass ein Interesse an der Abarbeitung und dem gemeinsamen Wirken mit dem Landkreis besteht.

Herr Hüttel betont, dass die Verfahren entscheidend sind. Es ist ein Problem, wenn ein Landrat, wie ein Gutsherr herumgeht und verteilt. Es kann nicht sein, dass diese undemokratische Art und Weise gang und gäbe ist. Die Stadt befindet sich in der Konsolidierung. Die letzten Haushalte wurden abgelehnt. Die Forderung bestand darin, einen bestimmten Prozentsatz bzw. mindestens 200 T€ bei den freiwilligen Aufgaben zu sparen. Werden die 50 T€ jetzt angenommen, ist mit Folgekosten zu rechnen. Demzufolge wäre es nur gerecht, wenn bei der Genehmigung des nächsten Haushaltes keine Kürzungen der sozialen Leistungen gefordert würden.

Herr Schmidt macht darauf aufmerksam, dass es neben dem VfB viele andere Vereine in der gesamten Stadt Sangerhausen gibt. Mit einigen wurden bereits Gespräche darüber geführt, was eingespart bzw. was übernommen werden könnte. Ihn stört folgender Satz in der Beschlussvorlage. "Die dadurch entstehenden Mehraufwendungen bei den laufenden Betriebskosten von ca. 10 T€ trägt die Stadt Sangerhausen." Wieder wird der VfB unterstützt. Warum dieser Gegensatz zu den anderen Vereinen der Stadt?

Herr Klein schließt sich den Ausführungen von Herrn Kotzur an, was das Verfahren betrifft. Auch bezüglich des Konzeptes ist er der Auffassung, dass es um Ideen ging, an denen weiter gearbeitet werden muss. Eine Kommunikation mit den Vereinen ist dabei wichtig. Er weist darauf hin, dass es ein Sportpark für alle werden wird. Deshalb muss das Konzept in diese Richtung ausgerichtet sein. Z.B. ist die Kurve der Skaterbahn, am Start der 100m-Bahn, viel zu eng und stellt eine Unfallquelle dar. Eine Tischtennisplatte ist so weit weg, dass keiner vermutet, dass sie für alle bereit steht.

Herr Kotzur fragt Herrn Schweiger, ob die Aussage: "Die Mittel kommen aus dem Zukunftsfonds" in der Beratung getätigt wurde.

Herr Schweiger antwortet, dass seines Erachtens diese Aussage vom Landrat nicht so konkret kam. Er sagte, dass er helfen und 50 T€ zur Verfügung stellen will. Woherauch immer.

Herr Kotzur stellt fest, dass die Mittel ganz normal aus dem Haushalt des Landkreises (Zuwendungen für Vereine) kommen können. Er wiederholt, dass er mit dem Verfahren nicht einverstanden ist und betont, dass er auf keinem Fall hier steht, um den Landrat zu verteidigen. Der Kreistag hat beschlossen, einen Zukunftsfonds mit den Erlösen aus dem Krankenhausverkauf anzulegen. In dem Zusammenhang wurde eine Anlagenrichtlinie beschlossen, an die wiederum der Anlagenausschuss gebunden ist. Über die Erlöse aus diesem Fonds entscheidet entsprechend einer Vergaberichtlinie, der Kreisausschuss, zusammen mit dem Finanzausschuss. D.h., in der Vergaberichtlinie ist festgelegt, wer, wofür Mittel aus diesen Erlösen beantragen kann. Dabei gibt es 2 wichtige Kriterien (mind. 70% investiv und 30% konsumtiv). Es sind auch Fristen vorgegeben, bis wann, welche Anträge gestellt werden können. In Bezug auf die Gesamtheit der Vereine der Stadt hebt er noch einmal hervor, dass es hier nicht um den VfB, sondern um das Stadion bzw. eine Sportanlage der Stadt geht, die der VfB verwaltet. Sehr viele Vereine des Landkreises (Veröffentlichung in der MZ) haben Mittel aus dem Zukunftsfonds erhalten. Er bittet um eine sachliche Diskussion.

Frau Liesong bestätigt, dass das Sportentwicklungskonzept den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen anzupassen ist. Die Stadt kann aber nur etwas annehmen, wenn die Folgekosten abgesehen werden können. In diesem Fall ist das nicht gegeben. Hier übernimmt die Stadt eine Verpflichtung, wo von vornherein klar ist, dass der Maßnahme Kosten folgen. D.h., es müssen an anderen Stellen Abstriche gemacht werden. Ist der Stadtrat dazu bereit, kann er zustimmen. Wenn nicht, dann kann man "das Geschenk" nicht annehmen.

Herr M. Dietrich erinnert, dass sich die Stadt in der Konsolidierung befindet und fragt, wo die 10 T€ herkommen sollen, die als Eigenkapital aufzubringen sind.

Herr Poschmann spricht von geschätzten Kosten für den Betrieb der Heizungsanlage. Natürlich muss man die 10 T€ bei der Beschlussfassung berücksichtigen. Über eine Kostenbeteiligung kann mit den Vereinen geredet werden. Irgendwann müssen sowieso alle Vereine der Stadt mit dem Thema Betriebskosten konfrontiert werden. Die Sportstättenverordnung des Landes wird demnächst geändert. Eventuell werden den Kommunen diesbezüglich Möglichkeiten eingeräumt.

Er stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache.

Herr Skrypek fragt, ob Stadträte dafür oder dagegen sprechen wollen. Da das nicht der Fall ist, lässt er den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

18:25 Uhr
Herr M. Dietrich geht = 32

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache.

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich angenommen.

Herr Peche stellt den Geschäftsordnungsantrag auf eine Unterbrechung der Sitzung wegen Klärungsbedarfs in den Fraktionen.

Herr Skrypek fragt, ob Stadträte dafür oder dagegen sprechen wollen. Da das nicht der Fall ist, lässt er den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag, auf Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung.

Ja-Stimmen = 25
Nein-Stimmen = 4
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich angenommen.

18:28 Uhr
Herr M. Dietrich kommt = 33

Frau Scheffel gibt Herrn Kotzur in einem Punkt recht. Alle haben seit langer Zeit verstanden, dass es in erster Linie nicht um den VfB, sondern um das Stadion der Stadt geht und dass der VfB dieses verwaltet. Seit Jahren hat sie die Erfahrung gemacht, dass der VfB gegenüber der Stadt und dem Rat, keine ehrliche Auskunft darüber gibt, wer im Stadion ein- und ausgeht und wer dort Sport treiben darf. Aus diesem Grund kann sie der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Seitens der CDU-Fraktion wurde im Sozialausschuss darüber berichtet, dass sich dort nicht viele Sangerhäuser aufhalten und Sport treiben. Sie fragt, wann das endlich so weit ist. Es kann aber auch nicht sein, dass jetzt, wo man versucht, den Landrat und die Stadt einzubeziehen, die Kita aus der Siedlung am Rosarium zum Sporttreiben herangeholt wird.

Herr Telle fragt, warum die Notwendigkeit bestand, eine Eilentscheidung zu treffen, wenn jetzt erst das Geld in den Haushalt eingestellt wurde.

Herr Michael bestätigt, dass Geld in den Haushalt 2012 (nicht 2013) eingestellt ist. Deshalb besteht die Eilbedürftigkeit. Aus der ganzen Situation, möchte er trotz allem, das Positive für den Sport herausziehen. Eine

Entwicklung kann vorangetrieben werden. Nutzer des Friesenstadions (v.a. Räume vorn und Kalthalle) sind konkret und aktuell aufgelistet. Die Anfragen steigen. Der VfB möchte mit eigenen Mitteln und Eigenleistung die kleinen Räume vorn, dämmen. Der VfB hat ebenfalls einen kleinen Aufgabenkatalog, wie andere Vereine auch, völlig außerhalb der Geschäftsbesorgungsfinanzierung.

Unterbrechung bzw. Pause: von 18:35 bis 18:50 Uhr

18:45 Uhr
Frau Künzel und
Herr Telle gehen = 31

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bestätigt die vom Oberbürgermeister getroffene Eilentscheidung gemäß der aufgeführten Begründung zur Teilbeheizung der Turnhalle im Friesenstadion und somit zur Anpassung der Stadtratsbeschlüsse 3-25/12 v. 03.02.2012 und 7-28/12 v. 20.04.2012.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 23
Nein-Stimmen = 7
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-33/12** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

18:55 Uhr
Frau Römmisch geht = 30

7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

7.1 Kalkulation der Kosten zur Nutzung der Mehrzweckgebäude in den Ortsteilen der Stadt Sangerhausen

siehe TOP 6.8

8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

.

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt den im nichtöffentlichen Teil unter den TOP 8.1 gefassten Beschluss mit der Nummer 8-33/12 bekannt.

Um 19:12 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender